

Nicht die Flüchtlinge - Das Kapital ist das Problem!

Ein Beitrag von Matthias Nippert (Berlin)

Obwohl zwei Jahre nach dem Andrang von Kriegsflüchtlingen die grundsätzliche Hilfsbereitschaft in Deutschland weiterhin vorhanden ist, war das Selbstbild einer freundlichen Migrationsgesellschaft bald ins Wanken geraten. In weiten Teilen der Bevölkerung hatte sich eine andere Stimmung breit gemacht. Alles Mögliche - sei es der Islam, Ausländer, Medien, Behörden, Politik usw. usw. - wurden nun als etwas grundsätzlich Belästigendes angeprangert. Auch wenn sich viele der Beteiligten dagegen verwehrten, politisch rechts zu sein, ging die Empörungswelle stark mit fremdenfeindlichen Äußerungen einher. Mühelos konnten sich Rechte und Rechtspopulisten mit ihren Verlautbarungen an die Spitze stellen.

Ausgangslage

Dass von den Rechten verkürzte und menschenverachtende Ansichten vertreten werden, ist für die Linken keine Frage. Allerdings hatte es sich gezeigt, dass deren Parolen bei weiten Teilen der Bevölkerung positive Resonanz erzielten. Hier gibt es einen Nährboden, auf den es zu reagieren gilt, zumal linke und rechte Ansichten aus den gleichen gesellschaftlichen Ursachen rühren, aber die Antworten diametral entgegengesetzt sind. Viele Menschen verspüren eine große soziale Unzufriedenheit, wobei von »links« die viel beschworenen Sorgen und Ängste nicht auf „Überfremdung“ und „Sozialbetrug“ bezogen werden, sondern vor allem die weltweite Ausbreitung von Armut, Naturzerstörung und Militarisierung als besorgniserregend empfunden wird. Offensichtlich nehmen die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen allmählich Dimensionen an, die aus den Kapitalstrukturen heraus kaum noch zu bewältigen sind.

Gleichzeitig bewegte sich die Empörungswelle in Deutschland in einem Kontext, der eng mit der Bildung der Europäischen Union verbunden ist. Nur auf den ersten Blick wirkt es erstaunlich, dass selbst in einem Land, das als großer Gewinner dieses Zusammenschlusses gilt, nationalistische Parolen und antieuropäische Verlautbarungen großen Zulauf erhielten. Neben enormer sozialer Ungleichheit liegt dies sicher auch daran, dass ein auf Eigennutz ausgerichtetes Wirtschaftssystem nicht umhinkommt, Egoismen, Verlustängste und Neidgefühle zu produzieren. Im Zusammenhang mit der EU hat die gesellschaftliche Unruhe jedoch eine weitere Problemlage ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Auch in Deutschland wächst bei vielen Menschen das Gefühl, durch die Entscheidungen von Brüssel entmündigt zu sein. Nun kann viel über europäische Institutionen, ihre Funktionen und Handlungen gesprochen werden. Dies soll in diesen Ausführungen nicht geschehen. Ausgehend von den Umständen der Empörungswelle, wird vielmehr ein europäisches Grundproblem in den Vordergrund gerückt, um zum Projekt »Europa« deutlich Stellung beziehen zu können.

Empörung und rechte Vereinnahmung

Schon erstaunlich war es, wie viele Menschen sich an der Empörungswelle beteiligten. Selbst vor Gewerkschafter/innen machte sie keinen Halt. Teile der klassischen Arbeiterklasse meldeten sich zu Wort und nicht alles, was zu hören war, muss als rechtslastig gebrandmarkt werden. Von der politischen Klasse werden solche Unruhen gerne als ein Kommunikationsproblem bezeichnet. Dahinter versteckt sich die Illusion, dass nur die Kommunikation mit den Menschen verbessert werden müsste, damit sie die staatlichen Maßnahmen verstehen und zustimmen könnten. Dass möglicherweise gesellschaftliche Verhältnisse die verdeckten Ursachen dieses Protests bilden, wird dabei wohlweislich ausgeblendet. Der Kommentar des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Akzeptanz der Europäischen Union im ARD-Interview „Bericht aus Berlin“ am 19. Juni 2016 spricht hier Bände: *„Die Eliten sind gar nicht das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem, dass wir stärker wieder mit denen das Gespräch suchen.“*

Allerdings gestaltet sich im Internetzeitalter die „Kommunikation“ für die politische Klasse nicht mehr so einfach wie zuvor. Die breite Quellenlage des Internets ermöglicht es den Menschen staatliche Aussagen besser überprüfen und hinterfragen zu können. Gleichzeitig offenbart es sich, wie sehr in den Leitmedien der offiziellen Politik nach dem Munde geredet wird. Hier sei sowohl an die missliche Lage Griechenlands erinnert, bei der zur Bankensanierung die griechische Staatsverschuldung einer anscheinend kriminell agierenden Gesamtbevölkerung zugeschrieben wurde, als auch an selektive Berichterstattungen, wie sie über die Zusammenhänge in der Ukraine oder Syrien ihre Verbreitung fanden. Staatlichen Verlautbarungen konträr entgegenstehende Interessenlagen werden in der Regel nicht aufgezeigt, geschweige denn gegeneinander abgewogen. Das empört die Menschen aber erst recht.

Dass von »rechts« geführte Empörungen nicht das Ziel einer befreiten Gesellschaft haben, versteht sich von selbst. Emanzipatorischen Charakter können solche Verlautbarungen nicht besitzen, denen die grundsätzliche Auffassung zugrunde liegt, dass alle gesellschaftlichen Probleme dadurch zu lösen sind, dass Einer oder (modern) Eine gewaltig auf den Tisch haut. Getragen wird dieses Denken durch einen einfach gestrickten Mechanismus. Je weniger der Zusammenhang von sozialen Problemen und ökonomischen (kapitalwirtschaftlichen) Ursachen offengelegt wird, desto abstrusere Feindbilder können entstehen. Von der Auffassung, dass an erster Stelle bestimmte Menschengruppen für gesellschaftliche Missstände verantwortlich seien, ist es kein großer Schritt zu der Schlussfolgerung, dass nur eine rigide Herrschaftspolitik ihr missbräuchliches Verhalten bändigen könne und für Ordnung sorgen würde.

Auch die Kampagne gegen alle im Mediengeschäft tätigen Menschen gehörte zu einem solchen Kontext, bei dem Menschengruppen an den Pranger gestellt und als Gegner projiziert werden, die sich gegen „nationale Volksinteressen“ richten würden. Durch den Vorwurf der „Lügenpresse“ wurden die Medienschaffenden insgesamt verunglimpft und als eine verschworene Gemeinschaft von Volksverrätern diffamiert. Von »links« betrachtet, soll dies nicht bedeuten, dass in den Medien nicht manipulativ berichtet wird. Hier soll nur darauf aufmerksam gemacht werden, wie schnell die

Verdrehungen rechter Propaganda in Menschenhetze übergehen. Unzweifelhaft herrschen in der Medienindustrie staatliche und privatwirtschaftliche Eigentumsverhältnisse, wodurch Menschen korrumpiert und genötigt werden, so dass hinsichtlich der gängigen Nachrichtenlage allerhöchste Skepsis angesagt ist.

Auch bei der Betrachtung der Lebensverhältnisse in den Metropolen geht die Kritik von »rechts« und »links« von ähnlichen Mängeln aus, bei denen vollkommen unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen werden. Systemanalytisch betrachtet, sind die Konkurrenzkämpfe (um kostengünstigere Produktion) zwischen den Industrieländern nicht nur durch eine produktive Steigerung gekennzeichnet. Bei der Erringung von Surplusprofiten auf dem Weltmarkt besitzt die Intensivierung von Arbeit - der Druck auf die Arbeitsleistung - eine fast ebenso große Bedeutung. In ein solches gesellschaftliches Arbeitsmaß globaler Wettbewerbsfähigkeit fügen sich die verschärften Arbeitsbedingungen in Sozialberufen und Dienstleistungsbereichen geradezu nahtlos ein. Hinzu kommt ein steter Lohndruck durch die Gefahr von Arbeitslosigkeit. Werden nun aber verschärfte Lebensbedingungen keiner ursächlichen - mit der Systemlogik verbundenen - Kritik unterzogen, kann schnell eine verquere Meinung entstehen. Im Zuge der Empörungswelle vermochte sich daher leicht das Gefühl auszubreiten (ein sarkastischer Ton sei hier erlaubt) dass bössartig Gläubige sich mutwillig aufmachen würden, um hart arbeitenden Menschen etwas Wohlverdientes wegzunehmen.

Eine „Besorgnis“, die im Zuge der Empörungswelle ebenfalls zum Vorschein kam, kann allerdings als vollkommen bedeutungslos zurückgewiesen werden. Es war der Eindruck erweckt worden, dass denen da oben gehörig Druck gemacht werden müsste, damit sie mit den Flüchtlingen schonungsloser verfahren würden. In diesem Bereich ist nun wirklich keine Sorge vonnöten. Wohl war der deutschen Regierung für einen Moment die Kontrolle entglitten und besteht die multilaterale Schwierigkeit, dass Europa nicht als eine solidarische Gemeinschaft gewachsen ist. In den Flüchtlingen sehen aber nicht nur die Rechten ein großes Problem. Keinesfalls benötigen die Regierenden einen irgendwie gearteten Druck von unten, um Asylverfahren zu verschärfen und die Festung Europa auszubauen.

Legitimationskrise »Europa«

Die politische Vertrauenskrise in Deutschland offenbarte, in welcher gefährlichen Lage sich das Projekt »Europa« befindet. Hierzu Stellung beziehend, sei zunächst darauf aufmerksam gemacht, dass die Schaffung globaler Wettbewerbsfähigkeit weder ein sozialeres Europa, noch verbesserte Lebens- und Umweltbedingungen erzeugt. Anstatt dass gesellschaftlich vorbildhafte Beispiele europaweit zur Diskussion gestellt und eventuell transnational übertragen werden, ist das Gegenteil der Fall. Überall werden Verfahren europäisiert, die einen schlanken Staat oder eine kostengünstigere Produktion versprechen. Sind bisher Sozialstandards und demokratische Rechte durch Auseinandersetzungen festgelegt worden, die innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten ausgetragen wurden, werden nun territoriale Errungenschaften, sowie Rechte auf Mitbe-

stimmung und Widerstand stark unterminiert.

In der Empörung vieler Menschen über den Verlust ihrer gewohnten Anrechte befördert ein kapitalistisch ausgerichtetes Europa gerade die nationalistischen Totengräber, die es für überwunden hielt. Dass bei der Minderung nationalstaatlicher Einflüsse sich originär klassenkämpferische Bereiche nun mehr in einem gespensterhaften Nationalismus zu Wort melden, ist aufgrund der Verbindung von Gestaltungsrechten und Territorialstaat nicht einmal besonders verwunderlich. Eine nationalstaatliche Idylle(!), in der nicht jede Verbesserung erstritten und erkämpft werden musste, hat es allerdings nie gegeben. Bei allen Hoffnungen auf ein anderes Europa, muss daher Klartext gesprochen werden. Die EU ist ein imperiales Projekt, das danach strebt, Verwertungsprozesse zur globalen Wettbewerbsfähigkeit voranzutreiben und von politischen bis zu militärischen Maßnahmen versucht, sich größtmögliche Einflusssphären auf der Welt anzueignen. Auf dem europäischen Binnenmarkt verfolgt es die Verwirklichung des alten Konzepts, Ausbeutungsprozesse zu verschärfen, gleichzeitig aber den Massen die Mittel zum Widerstand aus der Hand zu schlagen.

Trotz der Aushebelung demokratischer Kontroll-, Teilhabe- und Widerstandsrechte hoffen die Konstrukteure der Wirtschaftsunion Europa, dass sich als Nebeneffekt (ähnlich wie bei der Schaffung von Nationalstaaten) eine europäische Identität herausbilden wird. Auch wenn viele Menschen einer Idee »Europa« nicht negativ gegenüberstehen, ist es unwahrscheinlich, dass Regelungen wie das Schengenabkommen und die Währungsunion hierfür ausreichen. Die Vertrauensbasis der Europäischen Union schwindet zunehmend. So hat die Empörungswelle im Führungsland Deutschland auch gezeigt, dass die Menschen unter der Wahrnehmung, einer selbstherrlichen politischen Klasse ausgeliefert zu sein, immer unbeherrschbarer werden. Der Kollaps eines von nationalstaatlichen Herrschaftsinteressen getriebenen Europas ist nicht unwahrscheinlich. In diesem Fall wäre ein Szenario zu erwarten, das mit einer schweren Wirtschaftskrise einhergeht. Unruhen und bürgerkriegsähnliche Zustände würden in mehreren europäischen Ländern ausbrechen, wobei schließlich verschiedene politische Richtungen die Oberhand erhielten.

Dies würde eine menschlich und politisch sehr problematische Situation erzeugen. Trotzdem ist die europäische Idee nur durch einen konsequenten Widerstand gegen ein Europa der Kapitale und Profite zu verwirklichen. Alles andere würde bedeuten, sich wehrlos der historischen Entwicklung preiszugeben. Ein Klassenkampf von oben wird ohnehin geführt. Mit jeder Krise steigt daher die Gefahr, dass die durch den Entzug nationalstaatlicher Gestaltungs- und Widerstandsrechte entmündigten Bürger eines oder mehrerer Nationalstaaten der Europäischen Union den Garaus bereiten werden. Erst wenn Erneuerungen zu spürbaren Verbesserungen der Lebensverhältnisse führen und die Menschen sehen, dass sie ihre sozialen und ökologischen Interessen durchsetzen können, werden sie sich an einer Weiterentwicklung europäischer Kultur beteiligen.

Europa funktioniert nur »links«.